

UNION-GELÄNDE IN AALEN



Links: Landrat Klaus Pavel (links) und Dr. Hans-Gilg Nägele (rechts) mit Gattin Ingrid bei der Übergabe des Schlüssels für das UNION-Gelände

Rechts: Das Gelände der ehemaligen UNION-Werke in Aalen. Auf dem Areal soll ein zweiter Verwaltungsstandort für die Kreisverwaltung entstehen.



Landrat Klaus Pavel nimmt den Schlüssel entgegen

Im Rahmen eines anonymen Bieterverfahrens hat der Ostalbkreis am 15. April 2016 das UNION-Areal in der Wilhelm-Merz-Straße in unmittelbarer Nähe des Aalener Landratsamts ersteigert.

Am 30. September 2016 nahm Landrat Klaus Pavel vom bisherigen Eigentümer Dr. Hans-Gilg Nägele und dessen Ehefrau symbolisch den Schlüssel in Empfang, um den zum 1. Oktober erfolgten Besitzübergang des Geländes zu würdigen. Landrat Klaus Pavel nutzte die Gelegenheit, sich beim Ehepaar Nägele für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit in den letzten Monaten herzlich zu bedanken. Er versicherte, dass die Landkreisverwaltung auch nach dem Abbruch der jetzigen Gebäudesubstanz und dem Neubau des geplanten neuen Verwaltungszentrums für rund 300 Beschäftigte des Landratsamts bis zum Jahr 2020 im Rahmen der künftigen Nutzung die Erinnerung an die Vergangenheit des UNION-Geländes in geeigneter Form wachhalten werde.

Aktivitäten auf dem Union-Areal

Nach der Schlüsselübergabe wurde mit dem erforderlichen Grünschnitt, der fachgerechten Entsorgung der auf dem Areal befindlichen

chen Öl- und Gastanks und dem Freiräumen der Gebäude begonnen.

Zuvor wurde allerdings geprüft, ob und welche Gegenstände aus dem Areal für die Nachwelt erhalten werden sollen. So wurde im Dezember 2016 eine Sichtung des gesamten Akten- und Papierbestands durch das Wirtschaftsarchiv der Universität Hohenheim vorgenommen. Alle erhaltungswürdigen Schriftstücke aus den Büros und den Archiven im Union-Areal wurden in 13 Umzugskartons im Januar 2017 nach Stuttgart gebracht. Darüber hinaus wurden vom Bereich Organisation historisch interessante Unterlagen im Landratsamt eingelagert.

Das Technoseum (Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim) hat außerdem viele erhaltenswerte Gegenstände zur Restaurierung und Ausstellung für seine Sammlungen mitgenommen. Insbesondere Maschinen, Ausstattungsgegenstände und Werbematerialien fanden ihren Weg nach Mannheim ins Landesmuseum. Weitere Gegenstände, Maschinen und ein auf dem Gelände verbliebener VW-Bulli wurden an das Museum „Sammelsurium“ abgegeben. Darüber hinaus bewahrt die Landkreisverwaltung historisch interessante Gegenstände (z.B. Werbemittel, Emailtafeln, Blechschilder, Werbeplakate, Pläne, Fotos, Verpackungen) auf. Der Geschäftsbereich Information und Kommuni-

kation übernimmt für seinen internen Fundus Teile der für die damalige Zeit hochmodernen EDV-Anlage der Firma Wang sowie kleinere technische Geräte. Die auf dem Areal befindlichen Fahrzeuge wurden auf dem Internet-Portal „zoll-auktion.de“ ausgeschrieben und versteigert. Hierbei konnten über e-Auktionen Erlöse erzielt werden, die deutlich über den Sammlerwerten bzw. Restwertschätzungen lagen. Über 200 Beschäftigte der Landkreisverwaltung konnten sich am 24. Februar 2017 „ihre“ Schnäppchen sichern. Zusätzlich wurden auch die Möbel aus dem ehemaligen Verwaltungstrakt (Schreibtische, Stühle, diverse Büromöbel) unentgeltlich abgegeben.

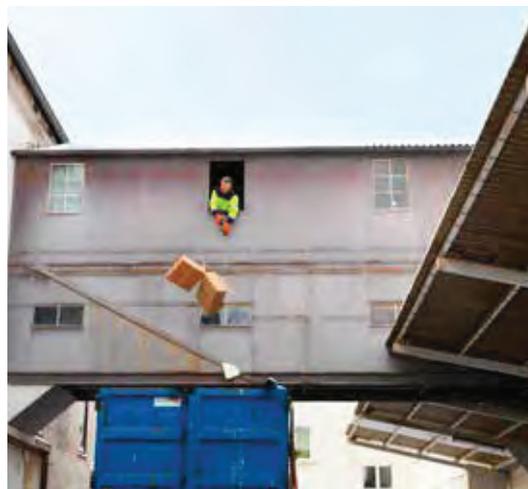
Auch die Flüchtlingswerkstätten (Lernwerkstatt Ellwangen und HUT Schwäbisch Gmünd) im Ostalbkreis profitierten von der Räumungsaktion im UNION-Gelände: Im Januar und Februar 2017 wurden Werkstattgegenstände sowie diverse Schreibtische, Rollcontainer, Büromobiliar, Regalsysteme, Holzschränke abgeholt. Außerdem wurde das UNION-Gelände sowohl vom Technischen Hilfswerk als auch von der Freiwilligen Feuerwehr Aalen zu Übungszwecken genutzt.

Planungsstand für das UNION-Areal

Da die künftige Bebauung des UNION-Areals auch städtebaulich eine erhebliche Bedeutung besitzt, wurde in der Sitzung des Kreistags am 25. Juli 2017 im Grundsatz ein gemeinsamer Ideen- und Realisierungswettbewerb mit der Stadt Aalen beschlossen. Die Belange des Ostalbkreises, der Stadt Aalen sowie der umliegenden Grundstückseigentümer sind in allen folgenden Planungsprozessen abzugleichen und in ihren gegenseitigen Auswirkungen zu betrachten – dies betrifft beispielsweise die Verkehrserschließung durch ÖPNV und Individualverkehr, den Hochwasserschutz, Freiraum und Gewässerrandstreifen, die bauliche Gestaltung und Innovation und noch einige Punkte mehr. Die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb und die Auslobungskriterien wurden im Kreistag am 19. Dezember 2017 beschlossen.

Mitarbeiter der GOA räumen das UNION-Gelände nach und nach aus

Unten: Altpapierentsorgung in den Archiven: vorher – nachher



UMZÜGE IN DER LANDKREISVERWALTUNG – AUFGABE DES GEBÄUDES BAHNHOFSTRASSE 50

Zu den o.g. Festlegungen zählt auch das Raumprogramm, das insbesondere Aussagen zu den künftig im neuen Gebäude unterzubringenden Geschäftsbereichen sowie den hierfür notwendigen Flächen beinhaltet. Mit der Begleitung der Erstellung dieses Programms wurde das Büro Drees & Sommer/RBS Group in Stuttgart beauftragt. Insbesondere waren diejenigen Bereiche zu identifizieren, die für das „UNION-Landratsamt“ in Betracht kommen. Nur diese Bereiche sollten in die weitere Umsetzung für das Raumprogramm eingebunden werden.

Die Analysen der Anforderungen an die Raumstrukturen, der möglichst optimalen Vernetzung der Aufgaben der verschiedenen Bereiche und der jeweiligen Arbeitsplatzzahlen ergab, dass im Schwerpunkt das komplette Sozialdezernat im neuen Gebäude unterzubringen ist. Insbesondere auf Grund technischer Anforderungen wurden auch das Gesundheitsdezernat und der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung für das neue Gebäude vorgeschlagen. Durch einen Umzug des Kreismedienzentrums wird sich zudem die Gelegenheit bieten, die bereits bestehende und sehr gut nachgefragte Kinderbetreuung „Ostalb-Tiger“ im bestehenden Landratsamtsgebäude bedarfsgerecht zu erweitern.

Die Raumplanung sieht moderne, an die Belange der jeweiligen Bereiche anpassbare Bürostrukturen, die Schaffung von Front- und Back-Office-Bereichen für eine optimierte Kundenbetreuung und eine sicherheitstechnische Optimierung sowie die vollständige Digitalisierung der Arbeitsplätze vor. Daneben spielen aber auch die Belange des Datenschutzes, der Verbesserung der internen Kommunikation sowie die künftigen Möglichkeiten zur Anpassung an den technischen Fortschritt (insbesondere bei der IT) eine wichtige Rolle. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass die Gestaltung der neuen Arbeitsplätze auch die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich berücksichtigt.

Im Februar 2017 hat die Landkreisverwaltung die Dienststelle Bahnhofstraße 50 in Aalen aufgegeben. 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bereiche Geoinformation und Landentwicklung, Nahverkehr, Bußgeldstelle und Schuldnerberatung haben neue Büroräume in den Gebäuden „Quadrat 1“ und „Quadrat 3“ in der Gartenstraße in Aalen bezogen. Dieser sehr umfangreiche Umzug – der größte seit der Umsetzung der Verwaltungsreform in den Jahren 2004/2005 - konnte in lediglich sieben Werktagen abgewickelt werden.

Gleichzeitig konnte die Landkreisverwaltung mit der Aufgabe des Standorts Bahnhofstraße 50 in den „Quadrat-Gebäuden“ der Firma Scholz eine weitere räumliche Zusammenführung ihrer Geschäftsbereiche realisieren, da sich im Gebäude „Quadrat 1“ bereits seit dem Jahr 2014 die Bereiche Information und Kommunikation, Hochbau und Gebäudewirtschaft sowie weitere kleinere Abteilungen befinden.

OSTALBKREISHAUS IN AALEN

Barrierefreier Zugang und Außenanlagen

Für Personen mit entsprechenden Beeinträchtigungen in der Mobilität stellten die bisherigen Eingangstüren ein bauliches Hindernis dar. Daher wurde beim Haupteingang die von außen kommende linke Türanlage um automatische elektrische Türöffner ergänzt, um einen barrierefreien Zugang zu erhalten. Weiter wurden Automatiktüren im Bereich der Zulassungsstelle eingebaut.

Im Juni 2017 wurde mit dem ersten Bauabschnitt der erforderlichen Sanierung der befestigten Flächen des Landratsamts beim Weg entlang des Kochers und dem gesamten Vorbereich zur Stuttgarter Straße begonnen. Der vorhandene kleinteilige Granitpflasterbelag wurde durch einen barrierefreien Belag mit Blindenleitsystem ausgetauscht. In Verbindung mit einem Zugang mit automatischem Türantrieb kann zukünftig das Ostalbkreishaus auch von der Stuttgarter Straße kommend barrierefrei erreicht werden. Die ursprüngliche Beleuchtung wird durch moderne LED-Leuchten ersetzt. In diesem ersten Abschnitt wurden rund 1.500 m² Fläche umgestaltet. In zwei weiteren Bauabschnitten mit insgesamt rund 3.710 m² Fläche werden in den kommenden Jahren noch der östliche Bereich und die Zufahrt zur Wilhelm-Merz-Straße sowie der südliche Bereich mit dem Nebeneingang und der Zufahrt zur Julius-Bausch-Straße erneuert. Insgesamt werden die Kosten für die Sanierungsmaßnahme rund 880.000 Euro betragen.

Medientechnik im Großen Sitzungssaal

Die in den 1980er Jahren ausschließlich für Sitzungen ausgelegte audiovisuelle Ausstattung des Großen Sitzungssaals entsprach nicht mehr den heutigen multimedialen Anforderungen. Daher erfolgte in der Sitzungspause von August bis September 2017 die Modernisierung der Medientechnik im Großen Sitzungssaal.

Barrierefreier Zugang: Eingangsbereich des Aalener Landratsamts von der Stuttgarter Straße aus

Unten: In der Sommerpause wurde die Medientechnik ausgetauscht.



KLOSTERBERGSCHULE SCHWÄBISCH GMÜND AN- UND UMBAUMASSNAHME



Klosterbergschule:
Abriss und neuer
Schulhof

Am 28.07.2015 stimmte der Kreistag der An- und Umbaumaßnahme an der Klosterbergschule in Schwäbisch Gmünd zu. Bevor jedoch mit den An- und Umbaumaßnahmen begonnen werden konnte, musste zunächst die Fachschule für Leiterplattentechnik aus dem Gebäude Lindacher Straße 11 in das Berufliche Schulzentrum Schwäbisch Gmünd auf dem Hardt verlagert werden. Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus am Beruflichen Schulzentrum Schwäbisch Gmünd im Februar 2016 konnte die Fachschule verlagert werden.

In einem ersten Bauabschnitt ab Februar 2016 wurde die ehemalige Leiterplattenschule umgebaut und für die Nutzung durch die Klosterbergschule vorbereitet. Parallel wurde der neue Verbindungsbau mit Treppenhaus und Aufzugsanlage erstellt. In den Sommerferien 2016 konnte der Umzug der Klosterbergschule in das sanierte Gebäude erfolgen. Ebenfalls in den Sommerferien erfolgte der Abbruch des alten Schulgebäudes. Anschließend erfolgte an dieser Stelle im zweiten Bauabschnitt bis November 2017 die Errichtung des Neubaus, in dem ein Multifunktionsraum / Bewegungsraum mit Umkleiden sowie ein gemeinsamer Speisesaal mit kleiner Küche untergebracht sind.

Mit dem Neubau von Klassen- und Speiseräumen sowie der Umnutzung des bestehenden Gebäudes der Leiterplattenschule entstand ein Schulareal, das nun ausschließlich und optimal durch die Klosterbergschule entsprechend ihrem Bedarf genutzt werden kann.

Die Kosten für die gesamte Maßnahme belaufen sich auf 4.617.000 Euro, das Land Baden-Württemberg fördert die Maßnahme mit 797.000 Euro.

LANDRATSAMT IN SCHWÄBISCH GMÜND

An der Dienststelle Haußmannstr. 29 wurden einige kleinere Maßnahmen wie der sukzessive Austausch der Beleuchtung mit LED-Leuchtmitteln in den Büros und der Registratur durchgeführt. Weiterhin erfolgte die Modernisierung der Aufzugsanlage. Die Parkettböden, Baujahr 1956, weisen fortgeschrittene Alterungs- und Mangelerscheinungen auf. Bei insgesamt rund 1.400 m² Büroflächen werden daher die Böden ausgetauscht. Mit dem ersten Bauabschnitt (3. Obergeschoss, 250 m² Fläche) der Parkettbodensanierung wurde im Zeitraum September/Oktober 2017 begonnen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für die Zeit der Sanierungsmaßnahme im gleichen Gebäude durch Ausweicharbeitsplätze in Besprechungszimmern untergebracht. Die weiteren Bauabschnitte werden dann im Jahr 2018/2019 abschnittsweise durchgeführt. In jedem Bauabschnitt können rund zehn bis zwölf Arbeitsplätze verlegt werden, um die jeweiligen Räume zu sanieren. Die Sanierungsmaßnahme ist mit Gesamtkosten von 275.000 Euro veranschlagt.

JAGSTTALSCHULE WESTHAUSEN

Das Hauptgebäude der Jagsttalschule stammt aus dem Jahr 1978. An das Hauptgebäude direkt angeschlossen sind eine Sporthalle sowie ein Schwimmbad. Auch Schulen aus Westhausen und benachbarten Gemeinden sowie Vereine nutzen die Sporthalle und das Schwimmbad, welches zusätzlich von der Gemeinde Westhausen zum öffentlichen Badebetrieb in den Wintermonaten angeboten wird.

Im März 2016 traten Störungen im Bereich der Schwimmbadtechnik auf, die dazu führten, dass der Badebetrieb zeitweise eingestellt werden musste. Die Steuerungstechnik (v.a. Schaltschränke) aus dem Jahr 1979 konnte nicht mehr repariert werden und musste daher komplett erneuert werden. Die Arbeiten wurden im Zeitraum September bis Dezember 2016 durchgeführt. Die Kosten hierzu beliefen sich auf rund 172.000 Euro. Die neue Schwimmbadtechnik ist energieeffizienter und auf dem aktuellen Stand der Technik.

Das Trinkwasserleitungsnetz an der Jagsttalschule Westhausen ist durch die Gebäudestruktur und die Duschräume des Sportbereichs weit verzweigt und von langen Leitungswegen geprägt. Die Rohrleitungen waren zunehmend verkalkt. Regelmäßige Verstopfungen der Armaturen und aufwändigen Reparaturmaßnahmen waren die Folge. Es wurde daher ein Sanierungskonzept erarbeitet, das die komplette Erneuerung des Trinkwasserleitungsnetzes durch neue Leitungen vorsieht. Eine Erneuerung der fest in die Wand- und Bodenflächen betonierten bestehenden Leitungen wäre während des Schulbetriebs unmöglich gewesen. Außerdem wurden die vier WC-Anlagen mit Waschbereichen sowie die Duschanlagen in der Sporthalle und im Schwimmbad komplett erneuert. Insgesamt mussten rund 2.500 m Leitungsröhre neu verlegt werden. Die Arbeiten wurden kurz vor den Osterferien 2017 begonnen und Ende des Jahres 2017 abgeschlossen. Die Gesamtkosten betragen rund 570.000 Euro.



Erneuerung des Trinkwasserleitungsnetzes an der Jagsttalschule Westhausen

BERUFLICHES SCHULZENTRUM SCHWÄBISCH GMÜND



Die neuen Theorieräume im
Bau und nach der Fertigstel-
lung

Erweiterungsbau Theorieräume

Der Erweiterungsbau Theorieräume am Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd wurde vom Kreistag am 08.04.2014 beschlossen. Im Herbst 2014 wurde mit der Baumaßnahme begonnen. Der Erweiterungsbau beinhaltet auf zwei Geschossen zwölf Theorie- und Fachräume und fügt sich mit seiner gelungenen Fassade harmonisch in das Berufliche Schulzentrum ein. Mit dieser optimal an das Hauptgebäude angedockten Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums wurde die Verlagerung der Fachschule für Leiterplattentechnik vom Standort Klosterbergschule an das berufliche Schulzentrum auf dem Hardt ermöglicht. Das berufliche Schulwesen in Schwäbisch Gmünd konnte dadurch weiter auf dem Hardt konzentriert werden. Durch die zusätzlichen Raumkapazitäten wird es außerdem während der abschnittswisen Sanierung des Hauptgebäudes nicht notwendig sein, einzelne Klassen zeitweise in Schulcontainern auszulagern. Die Einweihung des Schulerweiterungsbaus fand am 23.02.2016 statt. Die Kosten für die gesamte Maßnahmen belaufen sich auf 3.649.669 Euro.

Neubau Mensa

Die bisherige Cafeteria im Hauptgebäude war weder räumlich noch küchentechnisch zur vollwertigen Versorgung der Schülerinnen und Schüler geeignet. Daher begann am 17.09.2015 der Neubau der Mensa am Beruflichen Schulzentrum Schwäbisch Gmünd. Diese wurde als Solitärgebäude errichtet und kann auch als Aufenthaltsfläche für die Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Die Mensa ist im Betrieb für 180 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Bei einer Reihenbestuhlung ist eine Sitzplatzzahl von 400 Personen möglich.

Die leichte Pulldachkonstruktion unterstützt die natürliche Thermik des Saals. Zusätzlich wird das Fußbodensystem im Sommer zur Kühlung herangezogen. Die Mensa wurde am 06.03.2017 feierlich eingeweiht. Die Kosten sich auf 4.168.000 Euro. Durch die Vorsteuerabzugsmöglichkeit verbleiben dem Ostalbkreis Investitionskosten in Höhe von rund 3.502.521 Euro.

Für die beiden Schulerweiterungsmaßnahmen Theorieräume und Mensa mit Netto-Investitionskosten von 7.152.190 Euro hat der Ostalbkreis einen Landeszuschuss von 2.843.000 Euro erhalten, wodurch für den Ostalbkreis als Schulträger letztendlich 4.309.190 Euro an Kostenaufwand verblieben.

Erneuerung der Hallenbeleuchtung durch LED-Technik

In der Sporthalle des Beruflichen Schulzentrums Schwäbisch Gmünd waren insgesamt 48 Hochdruck-Quecksilberdampflampen mit jeweils 400 Watt installiert. Diese erzeugen als Nebenprodukt sehr viel Wärme und sind bezüglich ihres Stromverbrauchs als ineffizient zu bezeichnen. Durch die Installation von LED-Leuchten konnte eine Stromersparnis von 66 Prozent erzielt werden. Hierdurch werden jährlich rund 30.000 kWh Strom (derzeit rund 6.000 Euro) eingespart. Auf Grund der besonders hohen Stromverbrauchsreduzierung wird die Maßnahme mit einem Fördersatz von 40 Prozent durch den Bund gefördert. Die Amortisationszeit beträgt unter Berücksichtigung des Bundeszuschusses rund fünf Jahre.



Oben: Die neue Mensa

Unten: Die neuen LED-Leuchten in der Sporthalle des Beruflichen Schulzentrums

INSTALLATION VON PHOTOVOLTAIKANLAGEN



Neue Photovoltaikanlagen:
 Oben: Landratsamt Schwäbisch Gmünd
 Mitte: Berufliches Schulzentrum Schwäbisch Gmünd
 Unten: Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd

Die Landkreisverwaltung betreibt mittlerweile sechs Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlagen auf Kreisgebäuden. Der erzeugte Strom soll möglichst vollständig direkt vor Ort im Hausnetz verbraucht werden, um den teuren Strombezug zu reduzieren. Im Jahr 2016 wurde die installierte Photovoltaikanlagenleistung von 70,5 auf 147,1 kW deutlich erhöht.

Landratsamt Schwäbisch Gmünd

Die Photovoltaikanlage mit einer Größe von 29,6 kW Leistung auf der Dienststelle Oberbettringer Straße 166 in Schwäbisch Gmünd konnte im Dezember 2015 in Betrieb genommen werden. Durch die gleichmäßige Verteilung der Module auf der West- und Ostseite des Gebäudes konnte ein sehr hoher Direktverbrauchsanteil von 85,4 Prozent erzielt werden. Die Investitionskosten von 47.500 Euro werden sich nach etwa 12,2 Jahren amortisieren. Über einen Betrachtungszeitraum von 30 Jahren ergibt sich bei einer angenommen jährlichen Strompreissteigerung von 2 Prozent ein Einsparpotenzial von 147.000 Euro.

Berufliches Schulzentrum Schwäbisch Gmünd

Die Photovoltaikanlage mit einer Größe von 47,04 kW Leistung auf dem Erweiterungsbau Theorieräume wurde am 24.02.2016 in Betrieb genommen. Die Investitionskosten von 100.500 Euro werden sich nach etwa 12 Jahren amortisieren. Über einen Betrachtungszeitraum von 30 Jahren ergibt sich ein Einsparpotential von 281.500 Euro.

Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd

Im Zuge der An- und Umbaumaßnahmen an der Klosterbergschule wurde auf dem Dach des neu errichteten Gebäudeteils B eine 9,75 kW Anlage im Zeitraum Juli/August 2017 installiert.

SONSTIGE BAUMASSNAHMEN



Neubau Katzenhaus im Tierheim Dreherhof

Der Ostalbkreis ist Eigentümer des Tierheims Dreherhof in Aalen-Dewangen. Betrieben wird das Tierheim vom Tierschutzverein Ostalb e.V. Das bestehende Katzenhaus war räumlich sehr beengt und in seiner Kapazität nicht mehr ausreichend. In enger Abstimmung mit dem Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung und dem Tierschutzverein Ostalb e.V. wurde ein Raumprogramm entwickelt. Der Neubau des Katzenhauses wurde am 05.04.2016 vom Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung beschlossen.

Mit Investitionskosten in Höhe von 411.000 Euro ist zu rechnen. Vom Regierungspräsidium Stuttgart wurden Zuwendungen in Höhe bis zu 110.000 Euro in Aussicht gestellt. Weitere 100.000 Euro stehen aus einem im Jahr 2013 beim Tierschutzverein Ostalb e.V. eingegangenen Vermächtnis zur Verfügung, somit hat der Ostalbkreis Kosten in Höhe von rund 201.000 Euro zu tragen.

Attraktivitätssteigerung des Bucher Stausees

Um das Naherholungsgebiet Rainau-Buch langfristig in der Region als Freizeitangebot und touristische Attraktion zu sichern und zu stärken, hat der Zweckverband Erholungsgebiet Rainau-Buch beschlossen, im Zuge eines Rahmenplanes das Erholungsgebiet Rainau-Buch barrierefrei und zukunftsorientiert zu gestalten. In einem ersten Schritt wurden hierzu ab März 2017 der Bau eines römischen Wasserspielplatzes beim Sandstrand, barrierefrei erreichbare Aufenthaltsbereiche mit Sitzstufen sowie Holzstege und Wege zum Wasser umgesetzt. Weiter wurden die bestehenden Kioske saniert. Die Einweihung dieser Maßnahmen fand am 23.07.2017 statt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen mit Kosten in Höhe von voraussichtlich 870.000 Euro wurde durch den Geschäftsbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft federführend betreut. Mit einem Zuschuss aus LEADER-Fördermitteln in Höhe von 326.700 Euro ist zu rechnen.

Bucher Stausee:
barrierefrei erreichbare
Aufenthaltsbereiche mit
Sitzstufen



Unterkunft für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd:
Links: Luftbild
Rechts: Innenhof

Neubau von Unterkünften für Flüchtlinge

Die stark ansteigenden Flüchtlingszahlen führten dazu, dass zum Ende des Jahres 2016 72 Unterkünfte mit 1.239 Bewohnerplätzen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wurden.

Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd auf dem Hardt

Der Ostalbkreis sorgte mit dem Neubau der Unterkunft für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd für Ersatz für die bestehende Unterkunft im ehemaligen Kasernengebäude auf dem Hardt. Mit dem Neubau wurde Platz für 164 Flüchtlinge, Räume für Gemeinschaft und Aufenthalt sowie Büroräume für die Betreuung und Verwaltung der Anlage geschaffen. Die vier Gebäude sind als Holzrahmenbau konzipiert. Sanitärkerne wurden in Stahlbeton erstellt. Diese dienen gleichzeitig als aussteifende Struktur. Tragende Wände und Decken sind als weitgehend vorgefertigter Holzbau konzipiert. Die Dächer wurden flach geneigt mit Folienabdichtung (harte Bedachung) ausgeführt. Die Dachflächen werden als Aufstellfläche für Photovoltaikanlagen und Solarthermische Anlagen genutzt. Die gewonnene Energie geht in die Energiebilanz der Gebäude ein bzw. wird vor Ort verbraucht. Die vier Gebäude umfassen eine Bruttogeschossfläche von ca. 2.934 m². Baubeginn

war der 09.09.2015. Die Einweihung fand am 30.07.2016 statt. Die gesamten Investitionskosten belaufen sich auf rund fünf Mio. Euro.

Der Neubau wird in der zweiten Ausgabe des Flüchtlingsbautenatlas des Deutschen Architekturmuseums (DAM) vorgestellt. In dieser Buchreihe werden gute Lösungen zum Thema Flüchtlingsunterbringung vorgestellt. Die dargestellten Beispiele sollen den regionalen Entscheidungsträger, Architekten und Planern sowie lokalen Initiative als Vorbild dienen. Das Gebäude erhielt am 02.11.2017 die Hugo-Häring-Auszeichnung. Dabei handelt es sich um die erste Stufe des zweistufigen Hugo-Häring-Preises, der den bedeutendsten baden-württembergischen Architekturpreis darstellt.

Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge in Aalen-Unterkochen

Mit dem Neubau wurde Platz für 80 Flüchtlinge, Räume für Gemeinschaft und Aufenthalt sowie Büroräume für die Betreuung und Verwaltung der Anlage geschaffen. Die Wohnanlage besteht aus drei Einheiten in zweigeschossiger Ausführung mit insgesamt 34 Modulen und einer Bruttogeschossfläche (BGF) von 1.241 m².

Mit diesem Neubau wurde das Ziel verfolgt, eine modellhafte und wirtschaftlich günstige



Unterkunft für
Flüchtlinge in
Aalen-Unterkochen

Konzeption zu entwickeln, welche auch auf andere Standorte übertragen und verwendet werden kann. In diesem Zusammenhang wurde auch dem Aspekt der Nachhaltigkeit eine hohe Bedeutung beigemessen, sowohl im Hinblick auf die Verwendung des Baustoffs Holz wie auch im Hinblick auf eine anderweitige Anschlussnutzung, sollte die Wohnanlage nicht mehr für Flüchtlinge benötigt werden. Im Gegensatz zu einer klassischen Wohncontainer-Anlage ist jeder Wohneinheit jeweils eine eigene Nasszelle wie auch eine eigene Küchenzeile direkt zugeordnet. Hieraus resultiert im Gegensatz zu üblichen Gemeinschaftsküchen und -sanitärräumen eine deutlich höhere Wohnqualität. Zudem ermöglicht die separate Zuordnung einer Nasszelle wie auch Küchenzeile zu einem späteren Zeitpunkt ohne große bauliche Veränderungen eine andere Nutzung wie beispielsweise als Studentenappartements oder Sozialwohnungen.

Der Baufreigabe für den Neubau einer Gemeinschaftsunterkunft in Aalen-Unterkochen wurde vom Kreistag am 23.02.2016 erteilt. Im Januar 2017 begannen die Arbeiten. Ende August 2017 wurde das Bauwerk fertiggestellt, der Einzug der ersten Bewohner erfolgte Mitte September 2017. Die gesamten Investitionskosten belaufen sich auf rund 2,4 Mio. Euro.

Die Besetzung von Ingenieurstellen wird für die öffentliche Hand immer schwieriger. Deshalb hat der Landkreistag Baden-Württemberg im Jahr 2014 die Initiative einiger Landtagsabgeordneter aufgegriffen, Überlegungen anzustellen, einen eigenen Studiengang „Öffentliches Bauingenieurwesen“ an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) zu implementieren. Der Studiengang wurde im Februar 2015 beschlossen und wird seit 1. Oktober 2015 angeboten. Im Studienjahr 2016 sind 34 Praxisstellen vorgesehen. Von Landratsämtern werden davon 13 Studienplätze belegt. Beim Geschäftsbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft sind seit dem 01.10.2016 zwei Studierende beschäftigt. Sie übernehmen während der Praxisphase Aufgaben wie Bauüberwachung bei kleineren Bauprojekten, Planung bei Baumaßnahmen, Projektmanagementtätigkeiten, Angebotsprüfung und die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen. Durch die Integration von Theorie- und Praxisinhalten werden die Studierenden optimal auf den Berufseinstieg vorbereitet.

ENERGIEBERICHT DER LANDKREIS- VERWALTUNG

Mit dem jährlichen Energiebericht informiert die Landkreisverwaltung umfassend über den Energieverbrauch der Liegenschaften des Ostalbkreises. Außerdem werden durchgeführte Energieeinsparmaßnahmen (z.B. LED-Beleuchtung) und der Einsatz erneuerbarer Energien (Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlagen) ausführlich dargestellt. Der Energiebericht 2016 informiert auch über den Einsatz von erneuerbaren Energien bei den Kreisliegenschaften. Mit einem Anteil von 40 Prozent an erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung und der Aufstockung des Ökostromanteils im Jahr 2016 für den externen Strombezug auf 100 Prozent verfügt der Ostalbkreis bereits über eine vorbildliche und nachhaltige Energieversorgung.

VERGABE DER STROM- UND ERDGASLIEFERUNG

Am 14.05.2013 fasste der Kreistag den Grundsatzbeschluss, ab dem Jahr 2016 den externen Strombezug zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu bestreiten. Um die Vorgabe zu erfüllen, wurde die Stromlieferung für den Zeitraum 2016 bis 2018 öffentlich ausgeschrieben. Seit dem 01.01.2016 erfolgt die Stromlieferung für alle 109 Stromabnahmestellen durch die Stadtwerke Aalen GmbH. Die Kosten für den externen Strombezug konnten hierdurch um 57.200 Euro pro Jahr gesenkt werden. Die Erdgaslieferung wurde für den Zeitraum 2017 bis 2018 öffentlich ausgeschrieben und erfolgt durch die Stadtwerke Ellwangen GmbH.



**Stadtwerke
Aalen GmbH**

